

AKTUELL

KRIMINALITÄT/ STATISTIK

Inseln der Sicherheit

Christiane Walerich

Eine neue kriminalstatistische Studie will die Opfer von Straftaten neu erfassen. Ihre Umsetzung ist jedoch schwierig, auch ihr Nutzen kann bezweifelt werden.

„Sind Verbrechen und Kriminalität messbar?“ Zu diesem alten Problem haben zwei Wissenschaftler des französischen Forschungszentrums für Rechtsfragen und Strafverfolgung (CESDIP) - Renée Zauberman und Philippe Robert - auf einer Konferenz in Luxemburg neue Vorschläge gemacht. Zu der Tagung mit dem Titel „La place des enquêtes de victimation dans la mesure de la délinquance“ vor - hatten das nationale Statistikamt Stattec und die Universität Luxemburg geladen. Sie fand statt im Rahmen

Zudem würden viele Delikte, besonders solche im familiären Nahfeld, von den Opfern nicht zur Anzeige gebracht. Manche Betroffene hätten das Vertrauen in die Institutionen verloren oder schlechte Erfahrungen gemacht und aus diesen Gründen auf Anzeigen verzichtet. Deshalb habe eine von außerhalb initiierte Studie eine bessere Chance, vorliegende Angaben zu objektivieren. Außerdem sei sie in der Lage, den Opferstatus sozial zu differenzieren, da sie nach den sozialen Bedingungen frage. So hätten die Untersuchungsergebnisse in Frankreich gezeigt, dass nicht alle Bevölkerungsgruppen gleichermaßen von Übergriffen betroffen sind - wie sehr, hänge davon ab, wo die Betroffenen leben, wie alt sie sind, wieviel sie verdienen und wie hoch ihr Bildungsstatus ist.

Dennoch stoße auch die französische Modellstudie an ihre Grenzen - letztlich komme es darauf an, ein Maximum an Maßeinheiten zu vergleichen,

so die beiden Forscher. Das Stattec plant, die EU-Studie schon 2013 mittels 3.000 Telefonumfragen umzusetzen. Was nicht einfach werden wird, da nicht nur Grenzgänger, sondern stark von Übergriffen betroffene, schutzlose Gruppen, wie Obdachlose und Drogensüchtige zu erfassen sind, die jedoch im allgemeinen nicht über Festnetz-Anschlüsse verfügen. Und es stellt sich die Frage, was die Politik konkret mit den Ergebnissen der Studie anzufangen gedenkt. Kann dieses Wissen genutzt werden, um die soziale Stabilisierung von Stadtvierteln mit hoher Kriminalitätsbelastung zu unterstützen, oder besteht nicht eher die Gefahr, dass ein sozial differenzierter Kriminalitätsatlas zu stärkerer Stigmatisierung und Ausgrenzung führt? In Frankreich, so die beiden Wissenschaftler, habe die Studie dazu beigetragen, Brennpunkte im öffentlichen Raum als solche zu identifizieren. Steht also der finanzielle Aufwand für diese Studie wirklich in einem akzeptablen Verhältnis zu ihrem Nutzen? Eine berechtigte Frage, denn mit Kriminalstatistiken ist es so eine Sache - zu Handlungsanweisungen taugen sie kaum. Zum einen, weil ihre Aussagen doch allzu widersprüchlich sind. Zum anderen, weil die nackten Zahlen oft nichts über die Gründe von Gewalt, im Guten wie im Schlechten - verraten.



der Vorbereitungen zur EU-Untersuchung über Straftaten „European Safety Survey“, die der Stattec 2013 in Luxemburg umzusetzen beabsichtigt. „In Europa werden seit dreißig Jahren derartige Studien durchgeführt“, meint Paul Zahlen, Verantwortlicher beim Stattec. „Da das Thema der Sicherheit auf EU-Ebene bedeutsamer wird, hat Eurostat vorgeschlagen eine solche Untersuchung auf ganz Europa auszuweiten, sodass auch Ländervergleiche möglich werden.“ Diese sind bisher schwierig. Denn oftmals liegen nur Angaben der Polizei und Justiz vor, die letztlich nur partielle Einsichten in die Delikte geben.

„Der Nutzen dieser Studie - die Mitglieder verschiedener Bevölkerungsgruppen befragt, ob sie während eines bestimmten Referenzzeitraums Opfer von Straftaten wurden - liegt vor allem darin, dass sie ermöglicht, die offiziellen Statistiken der Justiz- und Polizeibehörden zu relativieren, respektive zu ergänzen“, so Philippe Robert. Die beiden Forscher verweisen darauf, dass bestimmte Vergehen, wie Verkehrsdelikte oder verwaltungsrechtliche Rechtsverstöße, in den öffentlichen Kriminalitätsstatistiken nicht berücksichtigt werden. Kriminalstatistiken würden zum Teil als Qualitätsindizes von Verwaltungen fungieren und müssten dementsprechend relativiert werden.

SHORT NEWS

Afghanistan: Bleiben und lügen bis 2014

Sicherheitspolitik wird in Luxemburg vor allem im Rahmen eines zwielichtigen und unnützen Militärbündnisses betrieben. Beim Gipfel Anfang der Woche verpflichtete Armeeminister Jean-Marie Halsdorf sich trotz knapper Kassen dazu, kräftig für mehrere Nato-Kooperationsprojekte mitzubezahlen. Auch was Afghanistan angeht, gab er den Musterschüler: Während sich dieses Jahr die belgischen Truppen zur Hälfte und die französischen ganz vom Hindukusch zurückziehen, soll das großherzogliche Kontingent bis zum bitteren Ende bleiben. Laut seinem Ministerkameraden Jean Asselborn steht jetzt nämlich an, in Afghanistan staatliche Strukturen aufzubauen, und dafür ist „leider“ noch eine militärische Präsenz erforderlich. Doch halt mal. Ist die internationale Gemeinschaft nicht schon seit 2002 damit beschäftigt, solche Strukturen aufzubauen, Frauen zu befreien, Kinder einzuschulen und für Recht und Ordnung zu sorgen? Gemessen an den Erfolgsmeldungen der vergangenen zehn Jahre müsste Afghanistan längst zum Paradies auf Erden geworden sein ... Wie seinerzeit Algerien oder Vietnam, wo die Besatzer jahrelang versicherten, es sei unmoralisch, das Land „aufzugeben“. Am Ende zogen sie dann doch ab, hinterließen ein politisches und soziales Trümmerfeld und versicherten bis zuletzt, das alles habe einen Sinn gehabt.

Nur 23 Prozent Dozentinnen an der Uni

5.686 StudentInnen sind an der Universität Luxemburg eingeschrieben, darunter befinden sich 22 Prozent Master- und 8,9 Prozent DoktorstudentInnen. Die Zahl der Studierenden ist in den letzten Monaten um zehn Prozent gestiegen. Auch wenn Rektor Rolf Tarrach sich diese Woche bei der traditionellen Vorstellung des Jahresberichtes zufrieden mit den erreichten Zielsetzungen des Vierjahresplanes der Regierung gab und sich trotz Krise optimistisch zeigt, was die Zukunft der Uni anbelangt, fällt die Bilanz, was die Chancengleichheit anbelangt, eher mager aus. Zwar herrscht bei den StudentInnen Parität, jedoch schrumpft der Frauenanteil ab den Doktorgraden, drastisch. 2010 kamen die Frauen nicht einmal auf ein Drittel. Beim akademischen Personal hat sich der Frauenanteil minimal von 21,9 Prozent (2011) auf 23 Prozent (2013) verbessert. Demnach machen die Frauen hier - wie an vielen europäischen Universitäten - nach wie vor weniger als ein Viertel des akademischen Corps aus. Schon 2010 hatte die Woxx (Nr. 1076) auf diese Tatsache hingewiesen - und die Frage nach mangelnder Frauenförderung gestellt. Obwohl es eine uniinterne Krippe gibt, und das Klima allgemein als frauenfreundlich bewertet wurde, scheint also die Einstellungspolitik schuld an dem Desaster zu sein. „So lange in den zuständigen Entscheidungsausschüssen deutlich mehr Männer sitzen, ist die Wahrscheinlichkeit kleiner, dass Frauen eingestellt werden“, schätzte 2010 eine Professorin das Problem ein. Daran hat sich anscheinend nichts geändert.

Nuklera-GAU wahrscheinlicher als gedacht

Wissenschaftler des Max-Planck-Instituts für Chemie in Mainz haben anhand der bisherigen Laufzeiten aller zivilen Kernreaktoren weltweit und der aufgetretenen Kernschmelzen errechnet, dass solche Unfälle im momentanen Kraftwerksbestand etwa einmal in 10 bis 20 Jahren auftreten können und damit 200 mal häufiger sind, als in der Vergangenheit geschätzt. Zudem wurde ermittelt, dass die Hälfte des radioaktiven Cäsium-137 bei einem solchen GAU mehr als 1.000 Kilometer weit transportiert würde. Die Ergebnisse zeigen, dass Westeuropa wahrscheinlich einmal in etwa 50 Jahren mit mehr als 40 Kilobecquerel radioaktivem Cäsium-137 pro Quadratmeter belastet wird. Ab dieser Menge gilt ein Gebiet als radioaktiv kontaminiert. Derzeit sind weltweit 440 Kernreaktoren in Betrieb, 60 weitere befinden sich in Planung. Die Studie errechnet, dass es in 3.625 Reaktorjahren zu einem GAU kommt. Damit liegt das Risiko 200mal höher als amerikanische Schätzungen aus dem Jahr 1990. In Westeuropa wären bei einer einzigen Kernschmelze durchschnittlich 28 Millionen Menschen von einer Kontamination mit mehr als 40 Kilobecquerel pro Quadratmeter betroffen, in Südasien etwa 34 Millionen, im Osten der USA und in Ostasien wären es 14 bis 21 Millionen.